

# Breslauer Zeitung.



# Zeitung.

Biwöchentlicher Abonnementkursus in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{2}$  Gr. Infektionsgebühr für den Raum einer fünfziglichen Zelle in Postschiff 1 $\frac{1}{2}$  Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Amtstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 286. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 22. Juni 1865.

## Preußen.

Berlin, 21. Juni. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allgemein geruht: Dem Geheimen Ober-Bergerath Martins, vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, den Stern zum rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Rittergutsbesitzer Schlemer zu Raudnitz im Kreise Rosenberg in Westpreußen den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem evangelischen Kantor und Lehrer Hennecke zu Klein-Wanzleben im Kreise Wanzleben den Adler der vierten Klasse des königlichen Hauses von Hohenzollern, dem Regierungs-Kanzleirat Küchenmeister zu Merseburg, dem Rittern Schönige zu Klein-Gliß im Kreise Labiau und Wold zu Sydroyde im Kreise Orlensburg das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Unteroffizier Kraemer vom 5. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 42 die Rettungs-Medaille am Bande, ferner dem Corps-Auditeur des 6. Armee-Corps, Ober-Auditeur, Justizrat Noack zu Breslau den Charakter als Geheimer Justizrat zu verleihen; den Stadtrathen Schmidt in Breslau zum Staatsgerichtsrath zu ernennen; so dem Rendanten Lohff und dem Controleur Otto bei der General-Lotterie-Kasse, den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen, und den Stadtrath Becker in Halberstadt, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Zeis getroffenen Wahl gemäß, als Bürgermeister der Stadt Zeitz für eine zwölfjährige Amts dauer zu bestätigen.

Berlin, 21. Juni. [Se. königl. Hoheit der Kronprinz] traf nach Mittheilungen aus Stettin am 19. Vormittags 11 $\frac{1}{2}$  Uhr von Berlin dort ein. In der höchsten Begleitung befand sich der Chef des Generalstabs 2. Armee-Corps, General-Major Petersen, der Hauptmann im Generalstabe von der Burg und der persönliche Adjutant, Lieutenant Graf Eulenburg.

Se. königl. Hoheit empfing den Besuch Sr. königl. Hoheit des Prinzen Albrecht Sohn und die Meldungen der avancirten Offiziere der Garnison, bestichtige um 1 Uhr das Landwehr-Bataillon Stettin, begab sich um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr an Bord Sr. Majestät Schiffs „Grille“ nach Swinemünde, bestichtige dort das 1. Bataillon 5. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 42 und kehrte Abends 11 Uhr mit der „Grille“ nach Stettin zurück.

Am 20. Juni 9 $\frac{1}{2}$  Uhr Morgens wohnte Se. königl. Hoheit des Kronprins dem letzten Theile der Besichtigung des Garde-Landwehr Bataillons Stettin durch den General-Major von Löwenfeld auf dem kleinen Exerzierplatz vor dem Berliner-Thor bei und sah dabei den Paraderhythmus und einige Gouktionen. Höchstselbst bestichtige dann auf demselben Platz das 1. und Fußsöldler-Bataillon des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommerschen) Nr. 2 und das pommersche Pionnier-Bataillon Nr. 2. Unmittelbar von dieser Besichtigung begab sich Se. königl. Hoheit zu Pferde nach dem großen Exerzierplatz bei Krekow, wohnte den Schießübungen der Landwehr-Artillerie bei und kehrte gegen 2 Uhr nach Stettin zurück. (St. A.)

[Se. Maj. der König] sind heute Morgen 8 Uhr mit dem bereits gemeldeten Gefolge nach Karlsbad abgereist. Zur Verabschiedung waren der Prinz Albrecht und Prinz August von Württemberg, der Prinz Anton von Hohenzollern, sämtliche Minister, der General-Feldmarschall Graf Wrangel, der Gouverneur, General Graf Waldersee, der Commandant, der Polizei-Präsident v. Bernuth, der Geh. Commerzienrat Krupp und Andere auf dem Anhaltischen Bahnhofe anwesend.

[S. M. die Königin-Wittwe] ist heute Morgen 9 Uhr von Schloss Sansouci über Großbeeren zu einem vierzehntägigen Besuch an dem sächsischen Hofe nach Pillnitz abgereist.

[Der Prinz Albrecht (Sohn) und die Prinzessin Alexandrine] haben sich gestern Abend zu einem vierzehntägigen Aufenthalte nach Schloss Camburg in Schlesien begeben.

[Herr v. Bismarck] Wie wir hören, wird sich der Minister-Präsident v. Bismarck am Sonnabend nach Karlsbad begeben.

[Die Mitglieder des Staatsministeriums] traten gestern Abend im auswärtigen Amte zu einer vertraulichen Besprechung zusammen.

○ Berlin, 21. Juni. [Aus der „Prov.-Corresp.“] Die neueste Nummer der „Prov.-Corr.“ beschäftigt sich hauptsächlich mit der jetzt beendeten Session des Landtages, über welche sie eben so entrüstet, als drohend sich geberdet. Zur ersten Sorte der „Entrüstung“ gehört der bereits telegraphirte Passus:

„Die Wirksamkeit des Landtages war daher nicht blos eitel und nichtig, sie war geradezu verderbt: die Einrichtung, welche dem Lande zum Segen gereichen sollte, ist immer mehr eine Quelle der Gefahren und der schwersten Befürchtungen für die öffentliche Wohlfahrt geworden.“

Schrecklich — aber nicht wahr! Zur zweiten Sorte der „Drohung“ rechnen wir folgende Stelle:

„Die Regierung des Königs, welcher die Sorge und Verantwortung für das Heil und Gedeihen Preußens vor Allem in die Hand gelegt ist, wird sich der schweren Verpflichtung nicht entziehen können, jenen Gefahren wirkam vorzubeugen.“

Der zweite Artikel erzählt den „Schluß des Landtages“ mit der Thronrede und den „Abschiedsworten im Herrenhause“, nämlich Aussprache des Grafen Stolberg. Hieran schließt sich „parlamentarische Pflichtversammlung“, welche in dem Ausbleiben der Präsidenten bei dem Schluß der Session im weißen Saale gefunden wird. Die Frage, „wie soll es mit dem Staatshaushalt weiter gehalten werden“, beschäftigt dann die „Prov.-Corr.“; sie bringt die bekannte Erklärung des Finanzministers, daß nämlich das Ministerium die Einnahmen und Ausgaben zusammenstellen und, nachdem der König diese Verwaltungsnormen genehmigt, dieselben veröffentlichen solle, und fügt daran den Satz:

„Man darf annehmen, daß in dieser Erklärung der Weg vorbezeichnet ist, welchen die Staatsregierung in der Staatshaushaltungs-Angelegenheit gehen wird. Über die Ausführung der angekündigten Maßregeln dürften die weiteren Beratungen und Entschlüsse des Staatsministeriums bald erfolgen.“

Noch einige weitere Artikel beschäftigen sich mit den Landtags-Angelegenheiten. Zur Reise des Königs erfahren wir:

Se. Majestät der König hat am 21. Morgens 8 Uhr, die Reise zur neuerten Kur im Bade Karlsbad in Böhmen angetreten. Se. Majestät sollte um 12 Uhr in Altenburg eintreffen und daselbst ein Frühstück einnehmen, um 5 Uhr in Schwarzenberg anlangen, von wo die Fahrt im Postwagen bis Karlsbad fortgesetzt wird. Die Ankunft daselbst soll um 9 Uhr Abends erfolgen. Der König wird in Karlsbad den Namen eines Grafen von Zollern führen und wie früher im „Goldenen Schild“ Wohnung nehmen.

Der Minister-Präsident v. Bismarck folgt Sr. Majestät in den nächsten Tagen, möglicherweise erst am Sonnabend, indem seine An-

wesenheit noch bei einigen Ministerberathungen und zur Erledigung einiger wichtiger Angelegenheiten erforderlich erscheint.

[Die Budget-Commission des Herrenhauses.] Die „Berl. Ref.“ schreibt: Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses hat nicht weniger als 57 Sitzungen gehalten; die des Herrenhauses eine. Aber es war ein Löwe! Der Bericht über diese Arbeit ist dessen Zeuge. Die Commission gibt keine jener unnütz verwirrenden und aufregenden Übersichten oder Tabellen über Steuererträge, Einnahme- und Ausgabesteigerung oder ähnliche Finanzgeschäfte; nichts dergleichen hält sie einer besonderen Anlage wert; die einzige Anlage, die sie abdrucken läßt, ist eine Nachweisung der durchschnittlichen Aufzugskosten der Landbeschäler in den Landestümern, „da es für eine große Anzahl der Mitglieder des Herrenhauses von Interesse sein dürfte, von deren Inhalt Kenntnis zu nehmen!“ Die Aufzugskosten der Landbeschäler — das ist das Einzige, was die Budget-Commission des Herrenhauses für interessant genug erachtet, um es den erlauchten Herren in einer Special-Nachweisung vorzulegen! Welche Anschauung, welche Zustände!

[Der neue Kaiser.] Die „B. 3.“ schreibt: Der Wunsch Frankreichs, eine Verfolgung der Jesuiten'schen Schrift über den neuen Kaiser hier eintreten zu lassen, scheint nun doch, obwohl man es aus den in unserer Notiz angegebenen Gründen bezweifelt, erfüllt zu werden. Wenigstens ist der Drucker des Werks am Sonnabend bereits wegen des Inhalts vernommen worden. Wegen des formellen Vergehens war derselbe schon früher zu 100 Thlr. Geldstrafe verurtheilt worden.

[Als Ergebnis der letzten Conseilberathungen] scheint nach der „B. u. H.-Z.“ angenommen werden zu dürfen, daß vorerst außerordentliche Maßregeln weder in Bezug auf die künftige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, noch in Bezug der Presse und der Versammlungen nicht zu erwarten sind.

[In Köln] hat gestern die Erzbischöfswahl stattgefunden, unter Assistenz des Ober-Präsidenten v. Pommer-Eiche als königlichen Commissarius zur Wahrung des landesherrlichen Majestätsrechts.

[Landräthliche Zusammenkunft.] In verloßener Woche fand in Rolandseck eine Zusammenkunft der Landräthe der Rheinprovinz statt. Die Veranlassung dazu ist unbekannt geblieben.

[Die dänische Prinzessin Dagmar] welche, als sie Aussicht hatte, Kaiserin von Russland zu werden, aus der lutherischen Kirche zur griechisch-katholischen übertrat, ist jetzt wieder in den Schoß der lutherischen Kirche zurückgekehrt. — Einige Blätter fragen neugierig: „Wo bleibt da die Moral?“

[Gambinnen, 20. Juni.] [In der Sprachenbedarfsschule] ist in Folge eines Ministerialbeschlusses die königl. Regierung zwar zur Rückzahlung der dem Magistrat auferlegten Geldstrafe von 15 Thaler veranlaßt worden, eine Rückgabe des executive eingezogenen Stadttafels gelbes von 550 Thlr. hat jedoch nicht stattgefunden, vielmehr ist dem Magistrat die erneute Weisung zugegangen, über den bestätigten Etat hinaus noch eine Spende aus einer bestimmten angegebenen berliner Bezugsquelle zu beschaffen. Die Sache dürfte damit noch nicht erledigt sein. (Pr. Lit. 3.)

Deutschland.

Augsburg, 18. Juni. [Richard Wagner] wurde vom hiesigen Bezirksgerichte wegen Amisbehrenbeleidigung an dem Bahnhofswalter Haug in Augsburg (der Prost erhob, weil Wagner sein über 10 Pfund wiegendes Gepäck mit in den Personenwagen nahm, was Wagner mit „dummer Mensch“ erwiderte) zu 25 Fl. Strafe verurtheilt.

Kassel, 20. Juni. [Die bekannte Verlobung.] Die Mittheilung, daß die Verlobung des Prinzen Wilhelm von Hanau, dritten Sohnes unseres Kurfürsten, mit der Prinzessin Elisabeth, Schwester des regierenden Fürsten von Schaumburg-Lippe, stattgefunden, hat von der „Hannover-schen“ und der „N. Pr. Ztg.“ in Berlin ein Dementi erfahren. Trotzdem ist die Verlobung eine Thatsache. Die Hindernisse, welche der Verlobung seither entgegengestanden, waren mehr in dem Widerstand des Kurfürsten, als in dem versagten Consens des Fürsten von Lippe zu suchen. Da aber nunmehr die Einwilligung des Kurfürsten erfolgt ist, der Prinz eine standesgemäße Dotations-Verlobung erhalten und überdies noch zum Majoratsfürst errichtet ist, dürften der Verlobung und demnächstigen Vermählung des Brautpaars keine Hindernisse mehr entgegenstehen. Soweit wir wissen, wird für die künftige Hofhaltung des Prinzen das Palais, welches die verstorbene Prinzessin Caroline von Hessen in unserer Stadt bewohnt hat, neu in Stand gesetzt; ein Anzeichen, welches die ursprüngliche Nachricht demnächst bestätigen dürfte. Der Prinz hat seine Verlobte vor einigen Jahren am Hofe seines Vaters, des regierenden Königs von Preußen kennengelernt, welcher der Verlobung auch jeden möglichen Vorschub geleistet hat. (Ebd. 3.)

Kassel, 18. Juni. [Bevorstehende Auflösung des Landtages.] Wie die „Weser-Ztg.“ aus sicherer Quelle melden zu können glaubt, geht man nunmehr ernstlich damit um, der bereits unter den obwaltenden Verhältnissen viel zu lang andauernden Thätigkeit der Ständeversammlung ein Ziel zu setzen. Nur über die Form, in welcher dies geschehen soll, bestehen noch an entscheidender Stelle Meinungsverschiedenheiten. Während der Minister des Innern, Rhode, die Ansicht vertritt, den Ständen erst noch einige der wichtigsten Gesetze, welche im Ministerium ausgearbeitet sind, vorzulegen, und dann eine Vertagung der Versammlung auf drei Monate eintreten zu lassen, verlangt der Kurfürst einfach die „Entlassung“ derselben, wodurch die Wiedereinberufung der Kammer innerhalb der laufenden Finanzperiode den Ermessens der Regierung anheim gegeben wird. Minister Rhode soll dieser Auffassung ernstlich entgegen treten, und da seine Ansicht durchzudringen scheint, dürfte eine einfache Vertagung der Stände eintreten.

Oesterreich.

Triest, 18. Juni. [Die Nachrichten aus Alexandrien] laufen beunruhigender und der sardinische Dampfer „Principe Carignano“, der heute hier eintraf, hatte keinen reinen Gesundheitspaß und wurde vorläufig in Contumaz gesetzt. Man hat mancherlei darüber Glossen gemacht, doch soll, wie ich höre, dieser Dampfer auch weder in Brindisi, noch in Ancona Pratica erhalten haben. Schwer ist es, beiden Ansichten hier gerecht zu sein. Die einen sprechen sich entschieden gegen die Contumaz aus, weil dieselbe auf den Verkehr mit Alexandrien (den einzigen, der noch so ziemlich blüht), einen nachteiligen Einfluß äußern werde; die Anderen, bei denen die Angst vor der Cholera seit den Jahren 1849 und 1855 sehr groß ist, verlangen dringend, man solle durch die Quarantane die Stadt vor dieser Geißel schützen. Die beiden Prinzipien: Contagion und Nicht-Contagion stehen sich wieder streitend gegenüber. Wie ich vernehme, soll von hier aus wegen der Entscheidung nach Wien telegraphirt werden. In Ancona wurden die Passagiere, welche dort landen wollten, in Contumaz gesetzt. In Alexandrien selbst scheint großer Alarm zu herrschen, sonst hätte sich wohl eine bedeutende

Zahl Flüchtlings nach Europa eingeschifft. Hier in Triest ist noch kein einziger Cholerafall vorgekommen; obwohl nach der bedeutenden Hitze seit acht Tagen kühles und feuchtes Wetter eintrat, ist der Gesundheitszustand ein befriedigender. (Ostd. P.)

Italien.

Florenz, 16. Juni. Was die Unterhandlungen Begezzi's betrifft, schreibt man der „A. Z.“, so habe ich nur zu bestätigen, was ich Ihnen in meinem jüngsten Schreiben gemeldet habe. Die Jesuitenpartei hat den Papst schwankend gemacht, und obgleich derselbe sich nicht absolut gegen die Bedingung des von den Bischöfen verlangten Eides widerstellt, meint er doch, er könne es nicht über sich nehmen, in dieser wichtigen Frage allein zu entscheiden. So habe er denn die Congregationen zusammenberufen, um ihnen die Frage zur Begutachtung vorzulegen. Allerdings steht zu befürchten, daß die Congregationen bearbeitet werden, um die Verständigung mit Italien zu verzögern. Man hatte in Rom gehofft, Italien eine Anerkennung der weltlichen Gewalt des Papstes zu entreißen. Diese Hoffnung ist jedoch gescheitert. Die Sachen sind aber so weit gediehen, daß nach meiner Überzeugung — ich spreche hier lediglich eine Vermuthung aus — die Unterhandlungen, wenn sie auch augenblicklich zu keinem Ergebnis führen sollten, in einigen Monaten wieder aufgenommen werden dürfen. Man weiß in Rom, daß die Convention vom 15. September unbedrüsslich ist, und so wird man früher oder später doch mit Italien sich einandersezieren müssen.

Turin, 17. Juni. [Die Unterhandlungen mit Rom.] Diejenigen französischen Blätter, welche über die römischen Verhandlungen gut „inter“-letzt zu sein pflegen, betonen heute ausdrücklich, daß die Schwierigkeiten, von denen österreichische und italienische Duellen sprachen, zwar vorhanden gewesen, doch überwunden seien. Man hat sich laut dem „Pays“ schließlich dahin geeinigt, daß alle Bischöfe sich schriftlich verpflichteten, den Gesetzen des Königreichs zu gehorchen;

außerdem habe man allen abwesenden Bischöfen die Rückkehr in ihre Diözesen gestattet; nur einige, die der öffentlichen Ruhe gefährlich werden konnten, hatte man ausgeschlossen. Die „France“ glaubt gleichfalls versichert zu können, daß die Verhandlungen auf gutem Wege sind, und an ihrem Erfolge nicht ernstlich mehr zu zweifeln ist. Überhaupt bestätigen die römischen Briefe der angsth. „Allg. Ztg.“ die Angabe unseres florentiner Correspondenten, daß „jene Partei, welche man hier (in Rom) kurz nach ihren Führern die „jesuitische“ nennt, alle ihre Reserven ins Feuer schickt, um auf das Gemüth des Papstes zu wirken, und ihn gegen jede Zuwendung und Zugeständnisse irgendwelcher Art für die „Excommunicirten“ zu warnen.“ Den Papst sollen „ziemlich materielle Argumente schließlich wenigstens schwankend gemacht haben, obwohl es noch immer sein Ehrgeiz wäre, die Versöhnung mit Italien zu Stande zu bringen.“

[Brabanten.] Bei dem letzten Gefechte der Franzosen mit der bourbonistischen Bande Andreazzi unweit Falvaterra scheinen die Franzosen wieder eine Schlappe erhalten zu haben; wenigstens sprechen die pariser Blätter vom „lebhaften Widerstand“ der Bande; auch gestehen sie drei Verwundete zu. Diese Niederlagen der Franzosen sind schmachvoller für die französische Regierung, als für die Truppen, da diese in unzureichender Anzahl zu sein pflegen, wenn sie einmal zufällig mit einer Bande zusammentreffen.

Frankreich.

\* Paris, 19. Juni. [Das Dankschreiben des Kaisers. — Algerien. — Ernennungen.] Das bereits mehrmals angekündigte Dankschreiben des Kaisers an die Kaiserin soll nun nicht erlassen werden. Die „angehörs“ Ernennung der Kaiserin zur Vice-Präsidentin des geheimen Rates ist auch bis auf Weiteres vertagt worden; doch ist es Thatsache, daß der Kaiser bei dem Empfang des diplomatischen Corps die Energie und Einsicht, mit welcher die Kaiserin während seiner Abwesenheit die Zügel der Regierung geführt habe, in entschiedenen Ausdrücken hervorgehoben und hiermit seinen Dank ausgesprochen hat. — In Bezug der Angelegenheiten Algeriens erfahre ich aus einer sonst gut unterrichteten Quelle, daß eine politische Reorganisierung dieser Länder für jetzt feststellt ist, da man nach genauerer Prüfung dieser Frage die Überzeugung gewonnen hat, die weitere Entwicklung sei wohl eingerichtet und entsprechend unterstützten Colonisations-Unternehmungen zu überlassen. Der vielbesprochene Senats-Consult über Algerien soll noch nicht vom Stapel gelassen werden. — Dem Vernehmen nach steht es bereits fest, daß Marschall Canrobert, der seiner schwierigen Stellung in Lyon nicht ganz entsprochen hat, den Marschall Magnan als Commandant der pariser Besatzung ersehen und daß ihm in Lyon der General Admiraal nachfolgen werde. Die letztere Ernennung soll den Zweck haben, dem vom Kaiser beliebten Lyoner Präfeten, Herrn Chevreau, freieren Spielraum zu lassen.

[Prinz Napoleon] ist heute früh auf Verlangen des Kaisers in den Tuilerien erschienen und hat mit demselben eine längere Unterredung gehabt. Man glaubt daraus schließen zu können, daß das Werk der Verlobung bereits auf dem besten Wege ist. Doch dürften vielleicht die speciellen Gründe selbst, die den Bruch herbeigeführt haben und bis jetzt noch nicht hinlänglich aufgeklärt sind, die Verständigung für jetzt noch erschweren und den Ausgleich selbst von der Zeit und Vergessenheit abhängen. Für diesen Fall hat der Prinz die Absicht, seine Familie nach Prangins zu begleiten und sich von dort in das Seebad von Havre zu begeben, um sich längere Zeit aufzuhalten.

[Die Arbeitseinstellungen.] Die Kutscher der Société impériale haben auch heute ihre Zügel noch nicht wieder ergriffen. Wie es heißt, soll die Regierung die Gesellschaft aufgefordert haben, ihren vertrageweise übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, widrigfalls man die Gesellschaft für aufgelöst erklären würde. Was weiter geschehen wird, weiß man noch nicht, doch heißt es, daß man höchsten Ortes entschlossen ist, Maßregeln gegen die Arbeiter zu ergreifen, da die großen Arbeitseinstellungen gerade in einem Augenblicke, wo man die Concurrenz mit dem Auslande aufnehmen muß, große Befreiungen erregen. Die Regierung ließ das Coalitionsgebot von den Kammern votieren, weil sie, ausgebracht durch die Erwähnung des neuen Oppositions-Deputirten in Paris, die Bourgeoisie, welche sich durch ihr Votum zu Gunsten der Freiheit ausgesprochen, bestrafen wollte, und zu gleicher Zeit hoffte, sie mit den arbeitenden Klassen zu entzweien und diese auf die Seite der Regierung zu bringen. Dieser Plan mißlang auch nicht ganz. Die Arbeiter stehen jetzt ziemlich schlecht mit den Meistern und Arbeitgebern, sind aber doch deswegen gerade nicht regierungs-

